

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Dr. Ilja Seifert, Bernd Henn, Dr. Gregor Gysi und der Gruppe der PDS/Linke Liste

Dachgeschoßausbau

Angesichts eines Wohnungsmangels in Deutschland von ca. 2 bis 3 Mio. Wohnungen ist der Dachgeschoßausbau ein wichtiges Potential zur Schaffung neuer Wohnungen. Berlins Bausenator Wolfgang Nagel teilte im Landespressedienst vom 5. Mai 1993 mit, daß nach 3 993 Dachraumwohnungen 1990 und 3 367 im Jahr 1991 im Jahr 1992 3 024 Dachraumwohnungen bauaufsichtlich genehmigt wurden.

Der Ausbau von Dachgeschossen ist aber nicht unproblematisch. Einerseits geht die Schaffung luxuriöser Dachwohnungen mit öffentlicher Förderung mit der gleichzeitigen Vernichtung preiswerter Wohnungen durch Zweckentfremdung (Einrichtung von Büros, Arztpraxen usw.) einher. Andererseits werden in dichtbesiedelten Wohngebieten mit Defiziten an Grünflächen, Spiel- und Sportplätzen, Gemeindebedarfsflächen sowie auch an Stellplätzen diese Defizite erhöht.

So hat sich die Bezirksverordnetenversammlung Berlin-Friedrichshain gegen den Ausbau von Dachgeschossen im künftigen Sanierungsgebiet „Samariterviertel“ ausgesprochen, ein Gebiet, welches angesichts fehlender 5 000 qm für öffentliche Spielplätze, 24 000 qm für öffentliche Freiflächen und 18 500 qm an Sportflächen ein „ökologisches Notstandsgebiet“ ist.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Wie viele ausbaufähige Dachgeschosse im Altwohnungsbestand sind im Bestand der Bundesrepublik Deutschland vorhanden, aufgeschlüsselt nach
 - a) alten Bundesländern,
 - b) neuen Bundesländern?Wie viele befinden sich davon in Ein- und Zweifamilienhäusern?
2. Wie viele Wohneinheiten – gemessen an der jeweiligen durchschnittlichen Wohnungsgröße (qm nach DIN) – ließen sich theoretisch in diesen Dachgeschossen schaffen?

3. Wie viele Wohneinheiten ließen sich in Ballungszentren (in Städten über 100 000 Einwohnern) schaffen, und welchen Effekt hätte eine 100 %ige Verwertung von ausbaufähigen Dachgeschossen auf die aktuelle Wohnungsnot?
4. Wie viele Wohneinheiten sind bisher nach § 7 c EStG (Ausbau-
maßnahmen für Dachgeschosse) steuerlich gefördert worden?

Wie verteilen sich diese Fälle auf die Jahre seit Existenz dieser
Vorschrift?

Wie viele finanzielle Mittel wurden dafür bisher aufgewandt?
5. Wie viele Wohneinheiten in Dachgeschossen sind bisher
entsprechend den Förderrichtlinien als Sozialwohnungen ge-
schaffen worden?

Wie viele finanzielle Mittel stellte der Bundeshaushalt bisher
dafür bereit?
6. Hält die Bundesregierung die bisher existierenden Förder-
maßnahmen für ausreichend?

Wenn nein, welche Überlegungen gibt es seitens der Bundes-
regierung zum Ausbau der Fördermaßnahmen für Dach-
geschoßausbau?
7. Wie beurteilt die Bundesregierung die baurechtlichen Pro-
bleme beim Ausbau von Dachgeschossen (allgemeine Sicher-
heits- und Brandschutzbestimmungen)?
8. Wie viele der steuerlich geförderten Wohnungen in Dach-
geschossen gingen mit der Zweckentfremdung von Mietwoh-
nungen einher?
9. Wie beurteilt die Bundesregierung die im Zusammenhang mit
dem Ausbau von Dachgeschossen verbundene Erhöhung der
Bebauungs- und Bevölkerungsdichte, die in Wohngebieten
mit einer Unterversorgung an Grünflächen- und Gemein-
bedarf zu weiteren Problemen in der Infrastruktur führen?
10. Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über die Aus-
wirkungen von Dachgeschoßbauten auf die ortsübliche Ver-
gleichsmiete bzw. den Mietspiegel?
11. Welche Erfahrungen gibt es beim Dachgeschoßausbau mit
einer verbundenen ökologischen Dachsanierung?
12. Wie steht die Bundesregierung zu Auswirkungen des Dach-
geschoßausbaus auf die Fragen der Stadtgestaltung, des
Denkmalschutzes und des Milieuschutzes?

Bonn, den 22. Juni 1993

Dr. Ilja Seifert

Bernd Henn

Dr. Gregor Gysi und Gruppe